

Lühr Henken*

Friedenspolitische Konferenz von Verdi, Hamburg 16.9.2021

Friedenspolitische Herausforderungen

Das absehbare, aber dann doch überraschend abrupte Ende des NATO-Einsatzes in Afghanistan könnte eine Zäsur in der internationalen Politik bedeuten. Denn wir dürfen festhalten: Der größte Militärpakt der Welt hat den Krieg am Hindukusch verloren und musste unter chaotischen Bedingungen aus Afghanistan abziehen. Fiasko und Debakel sind gängige Bezeichnungen dafür. Den NATO-Staaten ist es binnen zwei Jahrzehnten nicht gelungen, dort ein funktionierendes Staatswesen aufzubauen, das im westlichen Interesse agiert. Die Politik des Militärinterventionismus ist ebenso gescheitert wie die des Regime Change durch Krieg. Die Kriegsschäden sind gewaltig. Nehmen wir allein die Hunderttausende Toten auf allen Seiten. Bedeutsam ist auch, dass in Afghanistan erstmals massiv Killer-Drohnen eingesetzt wurden. Eine neuartige Waffe, die leise und im Geheimen tötet und vom US-Geheimdienst CIA geleitet wurde. Auch diese Waffeneinsätze haben nicht zum Sieg geführt, sondern im Gegenteil, dafür gibt es zahlreiche Belege. Sie haben in hohem Maße dazu beigetragen, dass Drohnen-Fehlschläge zu Toten in der Zivilgesellschaft führten, so dass dies die Mobilisierung gegen die USA befeuerte. Über sechs Millionen Menschen mussten ins Ausland fliehen, vor allem nach Pakistan und in den Iran.

Rüstungskonzerne der NATO-Länder haben sich am Krieg goldene Nasen verdient. Herausragend dabei: 4.400 Mrd. Dollar flossen binnen der zwei Jahrzehnte für Rüstungsaufträge an US-Rüstungskonzerne.¹ Dagegen ist der zivile Aufbau in Afghanistan schwach: Von den derzeit etwa 38 Millionen Einwohnern Afghanistans können drei Viertel weder lesen noch schreiben.² Derzeit sind fast die Hälfte von humanitärer Hilfe abhängig und das Welternährungsprogramm schlägt Alarm: das Leben von einem Drittel der Bevölkerung ist von „großem Hunger“ bedroht.

Ich meine, wer angesichts dieser furchtbaren Bilanz weiter an der Politik des Militärinterventionismus und der Auslandseinsätze der Bundeswehr festhält, gehört abgewählt. Militär im Auslandseinsatz führt nicht zum Frieden, sondern fördert den Krieg. Es muss Schluss sein mit Auslandseinsätzen und Kriegsvorbereitungen.

Abziehen soll die Bundeswehr jetzt zuallererst aus Mali. Acht Jahre Krieg haben zu seiner Ausweitung und Intensivierung geführt. Seit 2015 haben sich die Anschläge der Islamisten verdoppelt und im letzten Jahr waren 2.400 Tote in Mali, Niger und Burkina Faso zu beklagen.³ Vor allem die Bundeswehr bildet im Rahmen von EUTM malische Streitkräfte aus. Dies fruchtet dort so wenig wie in Afghanistan. Für die 18.000 Mann-UN-Soldaten der MINUSMA stellt die Bundeswehr Aufklärungs- und Transportkapazitäten. Der MINUSMA-Auftrag: den Frieden in Mali zu stabilisieren, gibt es nicht, denn in Mali gibt es keinen Frieden.

¹ William D. Hartung, Profits of War: Corporate Beneficiaries of Post-9-/11 Pentagon Spending Surge, Watson Institute, Brown University, 23 Seiten, S.4, https://watson.brown.edu/costsofwar/files/cow/imce/papers/2021/Profits%20of%20War_Hartung_Costs%20of%20War_Sept%2013%2C%202021.pdf

² FAZ 2.9.21 "Dunkelste Stunde der Not" in Afghanistan

³ Martin Pabst, Ernüchterung in Mali, Europäische Sicherheit & Technik, August 2021, S. 13 bis 15, S. 15

Holt die Bundeswehr zurück! Das meinen auch 44 Prozent der Deutschen laut einer repräsentativen Befragung des Meinungsforschungsinstituts YouGov von Anfang September.⁴ Nur 23 Prozent sind für eine Fortsetzung des Einsatzes. CDU/CSU wollen den Einsatz der 1.200 Bundeswehrsoldat*innen überprüfen, sind aber grundsätzlich für seine Fortsetzung. Dabei sind die Analogien der Militäreinsätze in Afghanistan und Mali offensichtlich. Es geht bei beiden um die Stabilisierung der Regierungen und um Terrorbekämpfung. Ausbildung und militärische Ertüchtigung der Armeen wurden und werden als Schlüssel zum Erfolg gesehen. In Afghanistan war es nicht tragfähig. Wie soll es in Mali sein, wenn das bisherige Ergebnis zeigt, dass der Krieg sich ausweitet und von der Bundeswehr ausgebildete malische Offiziere führend daran beteiligt sind, die gewählte Staatsführung wegzuputschen? Der Einsatz erreicht das Gegenteil von dem, was er vorgibt, erreichen zu wollen, und dann sollen auch noch bewaffnete HERON-TP-Drohnen nach Mali hinzukommen, die die Bevölkerung terrorisieren? Dann besser sofort abziehen.

US-Präsident Biden hat Konsequenzen aus der Afghanistan-Niederlage angekündigt. Die FAZ interpretiert sie so: „*Regime change* und *nation building* werden nicht mehr mit militärischen Mitteln betrieben. Eine andere: Künftige militärische Einsätze müssen klare, erreichbare Ziele haben und der nationalen Sicherheit dienen.“⁵ Was das heißt, wird die Zukunft zeigen. Vielleicht wird man sich in Washington genauer überlegen, ob man einen Krieg beginnt. Unklar definiert ist, was die nationale Sicherheit der USA bedroht und was nicht. Klar scheint mir, dass Biden das US-Militär auf China fokussiert. Dazu passt auch seine Ankündigung vom April, im Irak die Kampfeinsätze bis zum Jahresende einzustellen und nur noch Soldaten auszubilden, und die vom Mai, fortan alle Offensivhandlungen im Jemen nicht mehr zu unterstützen.

Die Art und Weise des US-Abzugs und ihrer Evakuierungsaktion, die sie weder in der NATO ankündigten noch mit ihren Alliierten absprachen, war eine Steilvorlage für jene Politiker, die mehr Eigenständigkeit der EU fordern, um selbständiger handeln zu können und dem Ziel einer Europäischen Armee ein Stück näher zu kommen. Gezeigt habe sich einmal mehr, dass man sich auf die USA nicht verlassen könne. Der Außenbeauftragte der EU, Josep Borell, plädierte zunächst für eine 50.000-Mann starke schnelle Einsatztruppe der EU. Später reduzierte er sein Anliegen auf 5.000. Auch wenn der Vorsitzende des EU-Militärausschusses, Claudio Graziano, ebenfalls den Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe der EU forderte, fand sich dafür beim Treffen der EU-Verteidigungsministerinnen und –minister in Slowenien am 2.9. keine umfassende Zustimmung. Deshalb zog Annegret Kramp-Karrenbauer als „Lehre aus der ‚schweren Niederlage‘ in Afghanistan“ die Forderung, EU-Militäreinsätze künftig einer „Koalition von Willigen“ zu übertragen. Nach einer einstimmig zu erfolgenden Ermächtigung könnten dann willige Staaten mit einem Einsatz betraut werden.⁶ Deutschland prescht dabei in der EU vor und AKK bietet an, dazu ein Arbeitspapier zu entwickeln. Schweden hat allerdings schon grundsätzliche Ablehnung signalisiert.⁷ Das wird also nicht so einfach.

Noch ein paar andere Beispiele dafür, wie Spitzenpolitiker von den Verheerungen, die der NATO-Krieg in Afghanistan angerichtet hat, ablenken und ihre Aufrüstungsagenda weiter betreiben:

⁴ SNA News, 3.9.21, <https://snanews.de/20210903/bundeswehreinsatz-mali-deutsche-3461199.html>. 33 Prozent ohne Angaben.

⁵ FAZ 1.9.21, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/praesident-biden-richtet-amerikas-aussenpolitik-neu-aus-17512075.html>

⁶ FAZ 3.9.21 Vorstoß für schnellere EU-Militäreinsätze.

⁷ 7.9.21, IMI-online, EU-Eingreiftruppe: Schweden dagegen

Markus Söder fordert als Ergebnis der Afghanistan-Niederlage: Für die Bundeswehr soll zwei Prozent der Wirtschaftsleistung aufgewendet werden und bewaffnete Drohnen sollen her. Er wolle nur einer neuen Regierung zustimmen, die dies auch wolle. Wolfgang Ischinger, der Leiter der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz, will das auch, dazu aber auch noch die sogenannte Nukleare Teilhabe für Deutschland beibehalten.

Diese Vorhaben decken sich mit denen, die seit 2014 als Folge des NATO-Beschlusses von Wales von den Bundesregierungen verfolgt werden. Russland ist Ziel dieser Aufrüstungsmaßnahmen und Kriegsmanöver der NATO seit dem Rechts-Putsch in der Ukraine 2014, in dessen Folge die Krim zu Russland kam und Teile des Donbass nicht mehr von Kiew regiert werden können. Die NATO fordert Russland auf, die Krim an die Ukraine zurückzugeben. Sie unterstellen Russland Angriffsabsichten auf die Ukraine und NATO-Gebiete vor allem im Baltikum.

Wenn Russland tatsächlich Aggressionsabsichten verfolgt, müsste sich das doch auch in seinen Militärausgaben widerspiegeln. Untersuchen wir das doch einmal. Dafür gibt es im Westen das NATO-nahe International Institute for Strategic Studies IISS in London. Ihr jüngstes Jahrbuch The Military Balance 2021 verrät uns dazu, dass Russland seine höchsten Militärausgaben im Jahr 2015 verzeichnete. Und auch das: zuletzt, im Jahr 2020, lagen die russischen Militärausgaben inflationsbereinigt um 13 Prozent unter diesem Höchstwert von vor 5 Jahren. Hoppla! Das bedeutet doch, Russland hat seine Militärausgaben nicht erhöht, sondern sogar gesenkt! Wie man daraus aktuell eine russische Aggressionsabsicht ableiten kann, bleibt unerklärlich.

Trotzdem wird gegen Russland eine Drohkulisse errichtet.

Man könnte ja der Ansicht sein, die NATO macht das, um aufzuholen, weil Russland eventuell schon zuvor sehr stark aufgerüstet hat und der NATO militärisch haushoch überlegen ist. Jedoch, dem ist nicht so: Die Zahlen sprechen eine andere, eine gegenteilige Sprache. Das Zahlenwerk der Military Balance ergibt: Während die Landheere beider Seiten etwa gleichviele Panzer und Artilleriesysteme haben, beträgt das Übergewicht der NATO bei Kampfflugzeugen und Kampfhelikoptern jeweils 4,8 zu 1, auf dem Meer zwischen 2,5 zu 1 und 9 zu 1 und unter Wasser 3,2 zu 1.⁸ Außerdem unterhalten die NATO-Staaten fast dreimal so viele Soldaten unter Waffen wie Russland und seine Verbündeten, in Europa beträgt das Verhältnis knapp zwei Millionen NATO-Soldaten zu 670.000 Soldaten Russlands und seiner Bündnispartner.

Nun sind die schweren Waffensysteme und die Soldaten nicht alles, was militärische Stärke ausmacht. Die militärischen Machtverhältnisse drücken sich vor allem in ihren Budgets aus. Russland gab nach NATO-Kriterien im letzten Jahr 60,6 Milliarden Dollar für das Militär aus, so das IISS. Die NATO summiert die Ausgaben ihrer Mitglieder im selben Jahr auf horrenden 1.106 Milliarden Dollar.⁹ Das ist mehr als das 17-fache Russlands und seiner Partner. Und damit will Russland die NATO angreifen?

Das ist absurd. Russland ist konventionell in der Defensive. Es verteidigt sich gegen die NATO-Übermacht vor allem dadurch, dass es seine nukleare Zweitschlagkapazität im Rahmen der

⁸ International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 2021, 516 Seiten. Berechnungen des Autors

⁹ NATO, Defence Expenditures of NATO Countries (2014 – 2021), 11.6.21, 16 Seiten, S. 7, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/6/pdf/210611-pr-2021-094-en.pdf

Obergrenzen strategischer Trägersysteme und Sprengköpfe gemäß dem NEW START-Vertrag mit den USA modernisiert und dabei auch neue Waffentechniken wie Hyperschallwaffen und weitreichende atomwaffentragende Unterwasserdrohnen entwickelt. Die Investitionsvorhaben der USA für die Modernisierung ihrer atomaren Trägersysteme sind jedoch drei bis viermal größer und beziffern sich auf 1.200 Milliarden Dollar bei einer Laufzeit von 30 Jahren.

Aber, die NATO-Übermacht soll noch wachsen, die Drohkulisse noch bedrohlicher werden. Deshalb das konventionelle Aufrüstungsprogramm seit Wales 2014.

Auch die Bundeswehr ist seitdem im Aufrüstungsmodus und wird in diesem Jahr – Corona hin Corona her -, den vorübergehenden Höchststand seiner Militärausgaben von 53 Milliarden Euro erreichen. Vorrübergehend, denn für nächstes Jahr sollen sie um 7,2 Prozent auf 57 Milliarden Euro nach den Kriterien der NATO wachsen.¹⁰ Das wäre dann die achte Erhöhung in Folge. Das Ziel zwei Prozent ist damit noch nicht erreicht.¹¹ Das will Kramp-Karrenbauer 2031 erreicht haben. Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts würden dann bei 92 Milliarden Euro für die Bundeswehr bedeuten.¹² Wer denkt, das soll es dann gewesen sein mit der deutschen Aufrüstung, der irrt. Megaprojekte sind beabsichtigt. Aber der Reihe nach.

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer charakterisierte in einer Grundsatzrede im März 2020¹³ die „strategische Lage“ so. Sie unterstellt Russland, es gefährde die strategische Stabilität Europas und China befeure durch zunehmenden Dominanzanspruch die „systemische Konkurrenz“ großer Mächte. Deshalb müsse die Bundeswehr die „Landes- und Bündnisverteidigung“ zur „höchsten Priorität“ – vor dem „internationalen Krisenmanagement“ - erheben. Also richtet sie die Rüstungsstrategie künftig prioritär auf Großkonflikte mit Russland und China aus.

Die Aufrüstung von Heer, Marine und Luftwaffe Deutschlands ist umfassend. Kramp-Karrenbauer kündigte dazu in dieser Grundsatzrede vor eineinhalb Jahren an: „Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff.“¹⁴

Für das deutsche **Heer** würde das unter dem Strich nach zehn Jahren Aufrüstung 2031 die Verdoppelung seiner Schlagkraft bedeuten. Heeresinspekteur Alfons Mais verkündete sehr deutlich sein Ziel soldatischen Drills: „Unter Landes- und Bündnisverteidigung müssen die eingesetzten Truppen durchsetzungsfähig, kriegsbereit und siegesfähig sein.“ Und: „Nochmal: Ziel des Heeres ist

¹⁰ Der deutsche Verteidigungshaushalte (Einzelplan 14) soll 2021 46,93 Mrd. Euro betragen und ursprünglich in 2022 auf 49,14 Mrd. Euro wachsen (+ 5%), Der Kabinettsbeschluss vom 23.6.21 sieht eine Steigerung um 3,5 Mrd. auf 50,3 Mrd. vor (+7,2%). Zur Berechnung des BIP-Anteils zieht die NATO die Werte nach ihren Kriterien heran. Nach NATO-Kriterien steigt der deutsche Militärhaushalt (in Preisen von 2015) von 35,394 (2014) auf geschätzt 51,9 Mrd. Euro (2022) um 46,7 Prozent.

¹¹ Die NATO schätzt für 2021 den deutschen Anteil am BIP auf 1,53 Prozent

¹² Der Rechnung liegt die Annahme zugrunde, dass das deutsche BIP nach der Pandemie genauso wächst wie vor der Pandemie. Es wuchs von 2013 bis 2019 durchschnittlich um 104 Mrd. Euro pro Jahr.

(<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/>) Im aktuellen Bundesfinanzplan 2021 bis 2025 (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/315/1931501.pdf>, 80 Seiten, S. 7), der die Folgen der schweren Rezession schon berücksichtigt, geht die Bundesregierung 2025 von einem BIP von 3.991,4 Mrd. Euro aus. Ein angenommener Anstieg um 104 Mrd. jährlich ergibt für 2031 ein BIP von (3.991 + 6 mal 104)= 4.615 Mrd. Euro. Davon zwei Prozent ergeben 92,3 Mrd. Euro.

¹³ Rede Annegret Kramp-Karrenbauers anlässlich des Parlamentarischen Frühstücks der Deutschen Maritimen Akademie, 12.3.20, 8 Seiten, <https://www.bmvg.de/resource/blob/228940/8ed9503058718376a774edcc3ae6a484/20200324-download-rede-akk-bei-maritime-akademie-data.pdf>

¹⁴ A.a.O. S. 7.

Kriegstüchtigkeit, einsatzbereite Kräfte allein genügen nicht: Wir müssen einstecken, wiederaufstehen, gegenhalten und letztendlich gewinnen können!“¹⁵ So der deutsche Heeresinspekteur Generalleutnant Alfons Mais in einer Grundsatzrede im November.

Kramp-Karrenbauer drängt auf die Aufrüstung der **Marine** gegen Russland: in der Ostsee, dem Nordatlantik und dem Schwarzen Meer. Rostock erhält ab 2025 einen neuen Führungsstab, das Baltic Maritime Component Command“ (BMCC). Das BMCC soll „der NATO als maritimes Führungskommando für Operationen an der Nordflanke des Bündnisses – aber auch in anderen Regionen – zum Zwecke der Landes- und Bündnisverteidigung angeboten werden.“¹⁶ Deutschland als stärkste NATO- und EU-Marine der Ostsee-Anrainer hat darin die Führung inne.

Allerdings verfügen schon heute die Flotten der NATO-Anrainer der Ostsee über mehr Kriegsschiffe und U-Boote als die russische Baltische Flotte in ihren Stützpunkten in Kronstadt und Kaliningrad.¹⁷ Das Gesamtverhältnis in der Ostsee ist im Kriegsfall unter Einschluss Norwegens, Schwedens und Finnlands auf der westlichen Seite 104 zu 40 zum Nachteil Russlands.¹⁸

Russland nun als „zentrale militärische Herausforderung“¹⁹ in Bezug auf Marineaufgaben zu bezeichnen, wie es AKK tut, ist daher nicht belegbar.

Auch in der Marine wird – wie im Heer – auf die Ausbildung zum Kampf fokussiert. Der neue Marineinspekteur Kay-Achim Schönbach sagt,²⁰ es gehe für die deutsche Marine um die „Refokussierung zum Kampf“, dieser Fähigkeit müsse sich alles andere unterordnen. Die Marine müsse das „hochintensive Gefecht beherrschen“. Deshalb müssten die deutschen Kampfschiffe aus den NATO-Verbänden der Seeraumüberwachung herausgenommen werden und die Integration dieser Kampfschiffe in Flugzeugträgerkampfgruppen müsse künftig Priorität haben. Schönbach fordert: „Wir brauchen in Zukunft auch herausfordernde Aufträge mit hohem Operationstempo, in denen die Fähigkeit zur multidimensionalen Seekriegsführung wieder in den Vordergrund gerückt wird.“²¹

¹⁵ Generalleutnant Alfons Mais, Inspekteur des Deutschen Heeres, „Das Deutsche Heer im Lichte eingegangener Bündnisverpflichtungen – in Zukunft noch leistbar?“ 15 Seiten, <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/4161966/b083a620cc311bd6b31b1375228273b7/rede-inspekteur-heer-zur-ausrichtung-auf-landes-und-buendnisverteidigung-data.pdf>

¹⁶ 22.1.19, <http://www.bundeswehr-journal.de/2019/feierliche-indienststellung-des-nationalen-stabes-deu-marfor/>

¹⁷ Neun NATO-U-Boote stehen dort einem russischen U-Boot gegenüber, die NATO-Länder haben 11 Zerstörer, Fregatten und hochseegängige Korvetten, Russland sieben. Bei Patrouillenbooten ist das Verhältnis allerdings 31 zu 32 zugunsten Russlands. Im Kriegsfall jedoch addieren sich die Kriegsmarinen Norwegens, Schwedens und Finnlands, so dass sich bei der Addition sämtlicher Einheiten diese über 20 U-Boote, 26 Zerstörer, Fregatten und Korvetten sowie 58 Patrouillenboote (zusammen 104) verfügen. Schweden und Finnland steigern die Rüstungsausgaben generell in hohem Maße. Ihre Begründungen: Schutz vor russischer Aggression. Nach Aussagen des schwedischen Verteidigungsministers könnte Schweden in den kommenden vier Jahren seine Militärausgaben um 40 Prozent steigern. Sie würden so von 2014 bis 2025 um 85 Prozent wachsen. Ein Parlamentsbeschluss steht noch aus. (16.10.20, <https://deutsch.rt.com/europa/107865-wegen-russischer-aggression-schwedischer-verteidigungsminister/>). Finnland hat sich zum Ankauf US-amerikanischer Kampffjets entschieden: 64 F-35A für 12,5 Mrd. USD, 58 F/A18 „Super Hornet“ und 14 EA-18 „Growler“ für 14,7 Mrd. USD. (13.10.20, <http://www.imi-online.de/2020/10/13/finnland-us-kampfflugzeuge/>) Die Gesamtsumme von 27,2 Mrd. USD bildet fast das 7fache der gesamten Militärausgaben Finnlands (knapp 4 Mrd. USA 2019).

¹⁸ International Institute for Strategic Studies (IISS), London, The Military Balance 2021, Berechnungen des Autors

¹⁹ Kramp-Karrenbauer

²⁰ 25.6.21, Inspekteur der Marine Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach „100 Tage im Amt – Worauf es mir ankommt“ <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5099808/492855c85ef1f5f9ac1e59f180911b22/20210625-grundsatzrede-inspm-100-tage-data.pdf>

²¹ ebenda

Die Marine wird massiv aufgerüstet. 2018 gab das Verteidigungsministerium bekannt, dass die Flotte im Jahr 2032 auf 25 Kampfschiffe und 8 U-Boote wachsen solle. Damals verfügte sie über 14 Kampfschiffe (9 Fregatten und 5 Korvetten) und 6 U-Boote. Das heißt sie soll von 20 auf 33 Kampfeinheiten wachsen.

Ich stelle die wichtigsten Entwicklungen kurz vor: Zusätzlich zu den schon vorhandenen fünf Korvetten sind fünf weitere im Bau (Kosten 2,35 Milliarden Euro). Sie sind hochseegängig, wegen ihres geringen Tiefgangs für Randmeere wie die Ostsee dort aber bestens geeignet. Ihre Tarnkappenbauweise lässt sie schwer orten und ihre wenig störanfälligen vier Marschflugkörper RBS 15 Mk 3 können nicht nur Schiffe, sondern auch Ziele an Land mit Abweichungen von 1 bis 2 m genau treffen – und das aus Entfernungen von über 200 km. Parallel zur Herstellung der fünf neuen Korvetten wurden für die Jahre 2022 bis 2026 160 dieser Marschflugkörper RBS 15 Mk 3 bestellt - ²² eine enorme Schlagkraft gegen Russland.

Die Indienststellung der letzten der vier Fregatten des Typs F 125 - für den weltweiten Dauereinsatz - wird für dieses Jahr erwartet. Die vier Fregatten schlagen mit umfassbaren 3,72 Milliarden Euro zu Buche. Das heißt pro Einheit mit 930 Mio. Euro. Das ist das bisher teuerste deutsche Überwasserkriegsschiff überhaupt. Als der Haushaltsausschuss 2007 das Vorhaben F 125 genehmigte, hatte es das Preisschild 2,6 Mrd.. Die Kriegsschiffe haben sich um 43 Prozent verteuert!²³

Die Marine bekam in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses am 23.6. von den fast 20 Mrd. Euro, die für neue Beschaffungen freigegeben wurden, mit 7,3 Mrd. Euro einen großen Batzen, mehr als ein Drittel der Gelder. Das ist überproportional, denn sie stellt nur jeden achten Bundeswehrsoldaten. Größter Kostenpunkt darin: zwei U-Boote für 2,8 Mrd. Euro. ²⁴

Das kostspieligste Marineprojekt derzeit sind jedoch 4 Mehrzweckkampfschiffe für den weltweiten Einsatz, die F 126, die mit mehr als 10.000 Tonnen Wasserverdrängung auch die größten deutschen Kriegsschiffe werden sollen. Sie sollen in der Zeit von 2028 bis 2032 hergestellt werden und 6 Milliarden Euro²⁵ kosten.

Für die **Luftwaffe** sind die Pläne für die nächsten 10 Jahre jedoch am kostspieligsten. Die Hälfte des Kampfflugzeugbestands soll ersetzt werden, was etwa 25 Milliarden Euro kosten wird. Von 138 neuen Kampffjets²⁶ will AKK 45 in den USA kaufen, die die sogenannte technische nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO bilden sollen. Sie sollen die altersschwachen Tornados etwa ab 2025 ersetzen. Verhandlungen über den Kauf in den USA hat AKK bereits in Gang gesetzt.

²² Europäische Sicherheit & Technik, (ESuT) Heft Oktober 2020, S. 54

²³ 17.5.21, <https://esut.de/2021/05/meldungen/27261/dritte-fregatte-der-f125-klasse-in-dienst-gestellt/>

²⁴ 22.6.21, <https://augengeradeaus.net/2021/06/rekordverdaechtige-liste-fuer-den-haushaltsausschuss-27-ruestungsprojekte-in-der-letzten-sitzung/>

²⁵ 5.6.20, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ruestungspolitik-neue-kriegsschiffe-fuer-die-bundeswehr-werden-noch-teurer/25890616.html>

²⁶ Die NATO verfügt zurzeit über 7.620 Kampfflugzeuge (davon 2.294 in Europa), Russland dagegen zusammen mit seinen OVKS-Partnern nur über 1.585. Das stellt eine genau 4,8-fache NATO-Luftüberlegenheit dar. Würden die stillzulegenden deutschen 118 Tornados und Eurofighter nicht durch neue Modelle ersetzt, reduzierte sich die NATO-Luftüberlegenheit vom 4,8-fachen auf das 4,74-fache - was faktisch nicht spürbar wäre. Allein schon aus diesem Grund kann leicht auf alle 135 neuen Kampfflugzeuge verzichtet werden. Der Einspareffekt: 100 Milliarden Euro für die gesamte Nutzungszeit von etwa 40 Jahren

30 der 45 US-Kampffjets sind besonders gefährlich. Sie sollen die 20 in Büchel lagernden US-Atombomben transportieren, die 15 anderen Jets sollen die russische Luftabwehr zerstören. Die derzeit in Büchel lagernden Freifallbomben sind für eine sichere Angriffsoption auf russische Ziele ungeeignet. Deshalb wollen die USA sie ab 2024 durch neue Atombomben ersetzen. Mittels Satelliten können sie, 30 km vor dem Ziel abgeworfen, präzise ins Ziel gelenkt werden. Zudem – und das ist besonders brisant - können sie gezielt gegen unterirdische verbunkerte Kommandozentren in Russland eingesetzt werden. Werden diese Pläne von CDU/CSU, die von der FDP geteilt werden, nach der Bundestagswahl umgesetzt, erhöhen sich die Spannungen in Europa gewaltig.

Diese Gefährdung des Friedens muss verhindert werden! Deutschland muss atomwaffenfrei werden. Berlin muss dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten!

Der Bundestag gab im April grünes Licht für die Entwicklung und die Herstellung der sogenannten Eurodrohne. Die Bundeswehr soll ab 2029 davon 21 Exemplare für annähernd 4 Milliarden Euro erhalten. „Eurodrohnen“ sind 11 Tonnen schwere Mehrzweckdrohnen, die der elektronischen Kriegführung der Bundeswehr dienen sollen. Aus 13 km Flughöhe sollen sie die gesamte elektronische Kommunikation der militärischen und politischen Führung eines Landes ausspionieren können und mittels Anfertigung sehr detaillierter digitaler Landkarten deren Standorte zwecks Zielauswahl erfassen. Und das in einem Radius von bis zu 400 km. Ich frage mich, was hat die Bundeswehr mit 21 solcher „Eurodrohnen“ vor? Sie sind bewaffnungsfähig, aber noch unbewaffnet. Aber Generalinspekteur Eberhard Zorn hat sich bei der späteren Bewaffnung schon festgelegt, eine lasergelenkte Bombe von 227 Kilogramm Gewicht und Panzerabwehrkraketen gegen bewegliche Ziele sollen es sein. In der kommenden Legislaturperiode steht die Entscheidung an, ob die „Eurodrohnen“ Waffen tragen sollen. Zuvor schon wird der Bundestag vor die Entscheidung gestellt werden, die in Israel geleasteten bewaffnungsfähigen sieben HERON-TP-Drohnen zu bewaffnen, denn diese sollen ab 2022 fliegen. Wird hier für Bewaffnung gestimmt, wird es um so schwerer fallen, die Bewaffnung der „Eurodrohnen“ zu verhindern.

Das ist aber noch nicht alles. Die eigentlichen Megaprojekte sollen später noch folgen. 2017 haben Angela Merkel und Emmanuel Macron drei rein europäische Großprojekte gestartet, die von zentraler Bedeutung für die Herausbildung einer militärischen „strategischen Autonomie“ der EU – also unabhängig von den USA - sind. Spanien ist inzwischen hinzugekommen.

Das kleinste der Großprojekte ist eine neue Generation von Artilleriesystemen, die ab 2040 fertig sein sollen. Ihr Volumen wird auf 25 Milliarden Euro geschätzt. Das zweitgrößte Projekt ist eine neue Generation von Kampfpanzern MGCS. Ziel ist es, bis 2035 „ein Hightech-System zu entwickeln, bei dem Robotik und Waffen wie Hochgeschwindigkeitsraketen eine entscheidende Rolle spielen.“²⁷ MGCS soll zum „Rückgrat des Heeres“ werden, und die „Möglichkeit des autonomen Gefechts“ haben, „also ohne Besatzung“²⁸. Damit soll es zu einem militärischen Game-Changer werden.²⁹ Der Chef der Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann geht davon aus, dass es in Europa in den nächsten

²⁷ Björn Müller, Streitkräfte und Strategien, NDR Info, 2.11.19

²⁸ FAZ 20.11.20, Rollt der deutsch-französische Kampfpanzer?

²⁹ Björn Müller, Die Hürden für Europas gemeinsamen Kampfpanzer, 31.10.19,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruesten-fuer-europa-huerden-fuer-den-gemeinsamen-kampfpanzer-16439321-p2.html>

25 bis 30 Jahren einen Bedarf von 5.000 Kampfpanzern gibt. Gedacht ist dabei an weltweite Umsätze von rund 100 Milliarden Euro bis in die 40er Jahre hinein.

Das mit Abstand größte Projekt jedoch ist das Kampfflugzeugsystem FCAS – Future Combat Air System. Es ist für die Zeit von 2040 bis 2080 vorgesehen. FCAS besteht aus einer Integration von atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen, den eben beschriebenen „Eurodrohnen“, bewaffnetem Drohnenschwarm, Aufklärungs-, Transport – und Tankflugzeugen, Satelliten und AWACS-Maschinen, Schiffen und Heereseinheiten. Künstliche Intelligenz soll alles durchdringen und in Echtzeit sollen alle Systeme in Weltraum, Luft, Wasser, Land und dem Cyberraum verknüpft werden. Man spricht auch vom „System der Systeme“. Allein die FCAS-Entwicklung wird die Steuerzahler*innen bis zu 100 Milliarden Euro kosten. Das System oder Komponenten davon sollen exportiert werden. Um hier von europäischer Seite aus autonom handeln zu können, werden Bauteile aus den USA total vermieden, damit die USA keine Einspruchsrechte reklamieren kann. FCAS soll ein von den USA unabhängiges System werden. Das Projekt wird „nach Schätzungen aus der Branche,“ so das Handelsblatt, „einen Umsatz von 500 Milliarden Euro bringen“³⁰. FCAS wird damit etwa fünfmal gigantischer als das bisher kostspieligste europäische Rüstungsprojekt – der Eurofighter. Bezweckt wird damit nichts weniger als die Weltherrschaft der EU unter deutsch-französisch-spanischer Führung. Wie soll man folgende Stellungnahme sonst interpretieren? Sie stammt von den Chefs der Luftwaffen dieser drei Länder: Demnach soll FCAS „in allen Kategorien des Luftkampfes über hervorragende Fähigkeiten verfügen, dadurch die Luftüberlegenheit unserer Luftwaffen und dadurch die erforderliche Bewegungsfreiheit der anderen Teilstreitkräfte sicherstellen.“³¹ In der schon angesprochenen letzten Sitzung des Haushaltsausschusses wurden etwa 1,2 Milliarden Euro für weitere Konzeptstudien zur Entwicklung der Komponenten Kampfflugzeug, Drohnen, Triebwerk und Tarnkappeneigenschaften frei gegeben. Weitere Genehmigungen in der kommenden Legislaturperiode in Höhe von 3,3 Milliarden Euro sind notwendig, um bis 2027 Demonstratoren dieser Komponenten zu bauen. Ich meine, wir sollten diese Chance nutzen, in die parlamentarische Entscheidungsfindung einzugreifen. FCAS muss gestoppt werden!

Ich komme zum Schluss: Zentrale Aufgabe der Friedensbewegung muss es sein, sich gegen die Konfrontationspolitik gegen Russland zu stellen, damit Entspannung möglich wird. Inhaltlich bedeutet das: Kampf für Abrüstung, also die Ablehnung des Zwei-Prozentziels und die Senkung des deutschen Rüstungshaushalts, der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, somit keine neuen Atombomber und keine Atombomben in Deutschland, keine bewaffneten Drohnen, FCAS stoppen und ein Ende der Rüstungsexporte.

Es muss endlich Schluss sein mit dem besinnungslosen Rüstungswahn!! Bitte helft dabei mit, wo ihr nur könnt.

*Lühr Henken, ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag (www.Friedensratschlag.de), Herausgeber der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik (<https://jenior.de/produkt-kategorie/kasseler-schriften-zur-friedenspolitik/>) und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination (<http://www.frikoberlin.de/>)

³⁰ Thomas Hanke, Martin Murphy, Donata Riedel, So wollen Deutschland und Frankreich ihre Rüstungsindustrie neu aufstellen, 26.11.18, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gemeinsame-jets-und-panzer-so-wollen-deutschland-und-frankreich-ihre-ruestungsindustrie-neu-aufstellen/23673794.html?ticket=ST-1006788-z1Z9FyM2EFj5ebyOlmst-ap2>

³¹ FAZ.net 21.2.20, Philippe Lavigne, Javier Salto Martines-Avial, Ingo Gerhartz, Die Zukunft der europäischen Luftwaffen, <https://www.faz.net/aktuell/politik/gastbeitrag-die-zukunft-der-europaeischen-luftwaffen-16642571.html>